



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 27. September 2024

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 30. September 2024

Fokusthemen: **Gesundheit und Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen hauptsächlich über die Geschäftsberichte der Kantonsspitäler diskutieren. Nach der Abschreibung von zwei unumstrittenen Vorstössen stehen bis zur Mittagspause Vorstösse auf der Traktandenliste, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Die Nachmittagsitzung beginnt mit einem Fristerstreckungsgesuch, das die GPK ausnahmsweise zur Ablehnung beantragt. Nach der diskussionslosen Behandlung von zwei Postulaten, die die Regierung entgegennehmen möchte, wird der Rat bis zum Sitzungsende ein paar Bildungs-Vorstösse behandeln.

Geschäftsberichte der Spitäler zur Genehmigung beantragt

Erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird die Genehmigung der Jahresberichte und der Berichte über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2023 verschiedener medizinischer Institutionen, auch wenn die Genehmigungen an sich unumstritten sind. So beantragt die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) einstimmig, die Berichte des Universitätsspitals Zürich (USZ) ([5956](#)), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) ([5957](#)), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) ([5958](#)) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) ([5959](#)) zu genehmigen. Gleichzeitig legt die ABG mit diesen Anträgen die Berichte zu ihrer Aufsichtstätigkeit vor. Die Aufsichtskommission hat sich von den vier Anstalten über bestimmte Themen informieren lassen, beispielsweise, wie sie mit der hohen Zahl von Fällen sexueller Belästigung des Pflegepersonals umgehen. Bei den Akutspitälern USZ und KSW erkundigte sie sich nach deren Strategien zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten sowie Über- und Fehlbehandlungen, die hohe (Folge-)Kosten auslösen können. Insgesamt hat die ABG festgestellt, dass die kantonalen Leistungserbringer ihren umfassenden Versorgungsauftrag wahrnehmen. Ebenso leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften. Die Transformationsphase, in der sich das Gesundheitswesen befindet, bringe viele Unwägbarkeiten für die Spitäler und Kliniken mit sich. Die seit vielen Jahren nicht erreichten EBITDA-Margen stellen aus Sicht der ABG ein signifikantes finanzielles Risiko dar.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Vorstösse zu E-ID und Palliative Care sollen abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montag die Abschreibung einer Motion und eines Postulats sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Bei der Motion wird der Regierungsrat indes beauftragt, dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Dass die Regierung dies in Bezug auf die Motion betreffend «Schaffung einer kantonalen E-ID für natürliche Personen» von FDP, SVP, GLP und Mitte doch nicht tut, hat damit zu tun, dass der kantonale gesetzgeberische Handlungsspielraum für die Regelung und Herausgabe einer E-ID sehr begrenzt ist und die vorgesehene Bundesregelung dereinst gegenüber kantonalem Recht Vorrang haben wird. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat deshalb einstimmig, die Motion als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 348/2021](#)). Ebenfalls einstimmig beantragt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG), das Postulat der SVP betreffend «Palliative Care», das von allen Fraktionen unterstützt wurde, als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 41/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, aufzuzeigen, welche Massnahmen der Kanton in Bezug auf die im Jahr 2020 vom Ständerat überwiesene Motion «Für eine angemessene

Finanzierung der Palliative-Care» bereits umgesetzt hat und wo er noch Handlungsbedarf feststellt. Die KSSG begrüsst die vom Regierungsrat entwickelte Strategie Palliative Care im Kanton Zürich, welche zum Ziel hat, Versorgungslücken zu schliessen, das Wissen in der Bevölkerung und beim Fachpersonal zu verbessern und die Qualität der Palliative Care weiterzuentwickeln und zu standardisieren.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Motionen zum Pflegegesetz

Bis zur Mittagspause wird der Kantonsrat voraussichtlich über ein paar Vorstösse zu Gesundheitsthemen diskutieren. Gemeinsam behandelt werden die Motionen betreffend «Überarbeitung Gesetzgebung Pflege» von FDP-Kantonsrat Jörg Kündig ([KR-Nr. 312/2022](#)) und «Neues Pflege- und Betreuungsgesetz; Totalrevision Pflegegesetz», das SP-Kantonsrat Andreas Daurù mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL eingereicht hat ([KR-Nr. 450/2022](#)), denn beide Vorstösse zielen in eine inhaltlich ähnliche Richtung. Der Regierungsrat beantragt beide Motionen zur Ablehnung.

Jörg Kündig (FDP, Gossau), 079 412 58 61

Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Fristerstreckung für Motion zum Denkmalschutz soll abgelehnt werden

Fristerstreckungsanträge des Regierungsrates werden in der Regel vom Kantonsrat diskussionslos durchgewunken. Nicht so wird das am Montag bei einem Antrag zu einer Motion von SVP, FDP, Mitte und EVP betreffend Denkmalschutz sein. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, die vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung nicht zu genehmigen ([KR-Nr. 153/2020](#)). Aus Sicht der Kommission liegen keine triftigen Gründe vor, die eine Fristerstreckung um ein weiteres Jahr rechtfertigen. Die Komplexität der Materie sei kein ausreichender Grund für eine Fristerstreckung. Für die GPK ist es dem Regierungsrat zuzumuten, dem Kantonsrat innert der gesetzlich vorgesehenen Nachfrist von sechs Monaten Bericht und Antrag zur Motion vorzulegen. Eine Minderheit aus Grünen, GLP und AL beantragt, der Fristerstreckung zuzustimmen. Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, eine Gesetzesrevision zur Modernisierung des Denkmalpflegerechts vorzulegen. Er hat hierzu unter Einbezug der betroffenen Ämter und Abteilungen ein Gesetzgebungsprojekt gestartet, benötigt für die umfangreichen Arbeiten laut eigenen Angaben jedoch mehr Zeit.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Minderheit: Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), 079 483 74 63

Entgegennahmen zu vereinfachten Baubewilligungen von Gartenpergolen und «Gireizlis»

Rasch behandeln wird der Kantonsrat zwei Postulate, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er sie diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt der Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. FDP-Kantonsrat Simon Vlk bittet den Regierungsrat einerseits mit Unterstützung von SVP, Mitte und EVP eine Regelung auszuarbeiten, welche es ermöglicht, dass künftig auch Gartenpergolen bis zu einer Grösse von 16m² keiner Baubewilligung oder Meldepflicht mehr bedürfen ([KR-Nr. 235/2024](#)). Andererseits möchte er, unterstützt von SVP, SP, Mitte, EVP und AL, dass das Verfahren auch bei «Gireizlis» und anderen Kinderspielgeräten, die höher als 2,5 Meter sind und mehr als 6 Quadratmeter Platz benötigen, vereinfacht wird ([KR-Nr. 236/2024](#)).

Simon Vlk (FDP, Uster), 079 388 25 76

Vorstösse zu Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen. Dabei entscheidet der Rat, ob er sie dem Regierungsrat überweist oder nicht. Debattiert werden die Vorstösse, weil entweder der Regierungsrat sie ablehnt oder ein Ratsmitglied sich gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hat. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat von SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler entgegenzunehmen, mit dem diese mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL fordert, dass Jahreslektionen in der Volksschule mit einem höheren Lektionenfaktor angerechnet werden ([KR-Nr. 271/2022](#)). Weil die FDP eine Diskussion verlangt hat, wird über die Überweisungen erst nach einer Debatte im Rat entschieden. Zur Ablehnung beantragt hat der Regierungsrat zwei Vorstösse der SP. Qëndresa Sadriu-Hoxha fordert mehr Entlastungslektionen für Lehrerinnen und Lehrer ab dem 50. Altersjahr ([KR-Nr. 272/2022](#)) und Christoph Fischbach fordert mit Unterstützung der GLP eine Entlastung der Lehrpersonen bei administrativen Aufgaben auf Kosten des Kantons ([KR-Nr. 290/2022](#)). Ebenfalls aus der Feder Fischbachs stammt das Postulat, mit dem er mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL eine Stärkung der Schulleitungen in der Volksschule anregt ([KR-Nr. 291/2022](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Weil die FDP eine Diskussion verlangt hat, wird über die Überweisungen aber auch hier erst nach der Debatte im Rat entschieden. Und SP-Kantonsrätin Monika Wicki lädt den Regierungsrat ein, Grundlagen zu erarbeiten, damit Schulleitungen und Behörden die Klassenzusammensetzung und -grössen flexibler gestalten können ([KR-Nr. 294/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 079 511 86 56
Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen), 079 951 39 07
Christoph Fischbach (SP, Kloten), 079 400 07 23
Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12